



An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Riedstadt
Herrn Guido Funk
Rathausplatz 1
64560 Riedstadt

Riedstadt, 15.02.2022

Gemeinsamer Antrag der BfR, SPD und FW/FRB
Antrag zur 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.03.2022

Änderung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge

Beschlussvorschlag

1. *Der Magistrat wird beauftragt, eine geänderte Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung im ersten Halbjahr 2022 vorzulegen. Dabei sind folgende Vorgaben zu beachten:*
 - *Der Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Investitionsaufwand beträgt in sämtlichen Abrechnungsgebieten 50 vom Hundert.*
 - *Die Satzung soll zum 1.1.2023 in Kraft treten. Sie tritt außer Kraft, ab dem Zeitpunkt, ab dem durch das Land Hessen durch Landesmittel die Finanzierung der Straßensanierung übernommen wird.*
2. *Die sich daraus ergebenden Finanzmittel sind im Finanzhaushalt ab 2023 vorzusehen.*

Begründung:

Das Thema der Straßenbeiträge führt in Riedstadt seit vielen Jahren zu Diskussionen. Ein Zeichen hierfür ist das Ergebnis der Kommunalwahl am 14. März 2021. Die Bürger für Riedstadt, welche sich aus der Bürgerinitiative zur Abschaffung der Straßenbeiträge entwickelt hat, hat aus dem Stand 18,26 Prozent der Stimmen erzielt. Die Umstellung von einmaligen auf wiederkehrende Straßenbeiträge war eine richtige Entscheidung, auch wenn wir eine völlige Abschaffung befürwortet hätten, wenn es eine Gegenfinanzierung durch das Land gegeben hätte.

Die derzeitige „kann“-Regelung durch das Land führt dazu, dass wohlhabendere Kommunen auf Straßenbeiträge verzichten können. Strukturell schwache Kommunen wie Riedstadt sind wiederum auf die Einnahmen aus den Straßenbeiträgen angewiesen, um die Investitionen im Straßenbau zu finanzieren. Für eine Abschaffung gibt es im Kreis Groß-Gerau viele Beispiele. Zu nennen sind beispielsweise Gernsheim oder Biebesheim.

Die Auswirkungen der Satzung in seiner derzeitigen Form sind ungerecht und führen bei vielen Bürger*innen zu viel Unmut. Allein für die Bescheide für das Jahr 2019 wurden über 800 Widersprüche , sowie 2.500 Unterschriften bei der Petition "Abschaffung der wiederkehrenden Straßenbeiträgen" eingereicht. Hier ist insbesondere Leeheim hervorzuheben.

Weiterhin führen sie dazu, dass Stadtteile wesentlich ungleich stark belastet werden. Wir glauben, dass anstehende Sanierungsmaßnahmen in anderen Stadtteilen in den nächsten Jahren ebenso zu einigen Missmut führen wird. Daher ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch hier Unruhe entsteht. Deshalb hoffen wir, dass wir mit unserem Antrag diese noch offen gehaltene Frage abschließend klären. Eine große Mehrheit für den Antrag wäre hierfür ein Symbol.

Die nun vorgeschlagene Lösung sieht eine Anpassung des Anteils der Stadt am beitragsfähigen Investitionsaufwand vor. Eine gerechte Lösung ist die Anhebung auf 50% für alle Abrechnungsgebiete. Das wäre für einige Gebiete eine maximale Erhöhung um 25%, denn der Mindestanteil der Stadt beträgt in jedem Fall ein Viertel des beitragsfähigen Investitionsaufwandes. Im Ergebnis führt dies zu einer „Teilung“ der Kosten zwischen Kommune und Bürgern. Ebenso sind wir der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Antrag viele Bürgerinnen und Bürger entlasten und die Last gerechter verteilen.

Von der jeweiligen Landesregierung in Wiesbaden erhoffen wir uns die Übernahme der Kosten aus originären Landesmitteln, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Sollte dies eintreten, dann sind die Straßenbeiträge komplett abzuschaffen.

Die Antragssteller sehen in ihrem Antrag einen guten und fairen Kompromiss. Er berücksichtigt die finanzielle Lage der Stadt und sorgt für mehr Gerechtigkeit. Er ist das Ergebnis langwieriger Diskussionen im neu geschaffenen Straßenbeitragsausschuss. Falls der Antrag mehrheitlich verabschiedet wird, schlagen die Antragssteller ebenso eine Abschaffung des Ausschusses vor. Der Ausschuss hat seinen vor der Stadtverordnetenversammlung verliehenen Auftrag erfüllt.

Mit freundlichen Grüßen



Hannelore Pletz
(Fraktionsvorsitzende)



Bayram Özmen
(Fraktionsvorsitzender)



Karl Angele
(Fraktionsvorsitzender)